

Meldung

Neue Innenministerin in Brandenburg

(BS) Nach der Wahl von Dietmar Woidke (SPD) zum Ministerpräsidenten von Brandenburg gab es Veränderung im Innenressort. Katrin Lange ist neue Ministerin des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Zuvor war sie Ministerin der Finanzen und für Europa. Sie folgt damit Michael Stübgen (CDU) nach. Das Innenressort ist keine neue Wirkungsstätte für die gebürtige Brandenburgerin. Zwischen 2026 und 2019 war sie schon Staatssekretärin im Innenministerium des Landes Brandenburg. „Das Innenressort ist von besonderer Bedeutung, da es mit seiner großen Bandbreite als klassisches Querschnittsressort wichtige Bereiche der Gesellschaft abdeckt. Das geht von der Inneren Sicherheit über die Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie unseres Landes bis hin zur Bewältigung der Herausforderungen von Migration und Integration“, erklärte Lange nach ihrem Amtsantritt.

„Ich stehe seit jeher fest an der Seite unserer Blaulichtfamilie. Die Menschen, die jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen, verdienen gute Rahmenbedingungen und unseren vollen Rückhalt. Denn nur ein sicheres Brandenburg ist auch ein lebenswertes Brandenburg. Und wie schon in den vergangenen Jahren möchte ich mich auch weiterhin für unsere Kommunen stark machen“, so die neue Innenministerin weiter. Als Staatssekretär und Amtschef wurde Frank Stolper ernannt. Er wechselt in gleicher Funktion aus dem Brandenburgischen Finanzministerium.

Über Ländergrenzen hinaus



(BS) Ende Oktober verwüsteten verheerende Fluten die Straßen von Valencia. Ein schwerer Waldbrand wütete in Kalifornien und Kuba wurde von einem Hurrikan und Erdbeben heimgesucht. Überall auf der Welt werden Menschen von immer mehr Naturkatastrophen getroffen. Umso wichtiger ist es, sich in diesen herausfordernden Zeiten auf eine helfende Hand verlassen zu können, wenn es nötig ist.

Hier kommen grenzüberschreitende Katastrophenschutzmechanismen wie der EU-Zivilschutz-Mechanismus, kurz UCPM, zum Einsatz. Dabei werden Hilfsanfragen und Reaktionen auf Katastrophen auf EU-Ebene koordiniert, um der betroffenen Bevölkerung schnell zu helfen. An diesem Programm nehmen nicht nur die 27 EU-Mitgliedstaaten teil, sondern auch diverse Nachbarländer wie Albanien, die Türkei, Norwegen oder die Ukraine.

Extreme nehmen zu

Der Grund, warum diese Art der Zusammenarbeit immer wichtiger wird, liegt auf der Hand, wie der Leiter des THW-Ausbildungszentrums Neuhausen, Jens-Olaf Sandmann erklärt: „Wir hatten allein dieses Jahr in Deutschland drei wirklich große Hochwasser, eines davon war gleich zum Jahresanfang in Norddeutschland, dann in Rheinland-Pfalz sowie im Saarland und im Sommer dann in Bayern und Baden-Württemberg. wenn ich an die anderen Jahre

zurückdenke, hatten wir vielleicht alle vier Jahre einmal so ein Großereignis.“ Das zeige, dass die Heftigkeit der Extremwetterereignisse zunehme. Auf der anderen Seite habe sich auch die weltpolitische Situation geändert, sodass die Zusammenarbeit gerade innerhalb Europas immer wichtiger werde. Denn „gemeinsam sind wir immer stärker, wenn wir einfach unsere Ressourcen bündeln und schon vorher uns darauf vorbereitet haben, gemeinsam agieren zu können“, ist Sandmann überzeugt.

Auch die Intensität steigt

Dr. Benni Thiebes, Geschäftsführer des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV), ergänzt diese Ansicht: Die Katastrophenergebnisse würden sich nicht nur in der Anzahl an Ereignissen immer weiter steigern, sondern auch in ihrer Heftigkeit zunehmen. Das seien teilweise Ausmaße, die wir allein mit unserem Nationalen Katastrophenschutz nicht bewältigen könnten.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Jedoch sei die Bedeutung und die Funktion eines solchen grenzüberschreitenden Mechanismus noch gar nicht allen Menschen in Deutschland klar, wie Thiebes meint: Auch für ihn sei der UCPM das Flaggschiff der Gemeinschaftsverfahren in Europa.

Wissenslücken auch in der Politik

Er glaube, dass es noch Nachholbedarf bei der Erklärung solcher Mechanismen gäbe. Beispielsweise habe er als Sachverständiger im Landtag anhand der gestellten Fragen gemerkt, dass auch die Politiker noch nicht verstünden, wie das Gemeinschaftsverfahren funktioniere und wie es genutzt werden könne.

Dabei habe er sich die Frage gestellt, ob das auch auf anderen Ebenen der Gesellschaft noch nicht angekommen sei. Als Beispiel nennt er die sozialen Medien: „Man darf aus sozialen Medien nicht zu viel rauslesen, aber nachdem das jetzt in Valencia passiert ist, wurden mir Aussagen in den Feed gespült, wie: Deutschland helfe doch jetzt nicht den Spaniern, man habe während der Aartalflut schließlich auch keine Spanier bei uns gesehen. Da ist kein Verständnis für dieses Verfahren.“

Es ist keine Einbahnstraße

Dabei profitiere auch Deutschland von dem Verfahren, wie Thiebes erklärt. Erst im Sommer 2023 seien in Niedersachsen Waldbrand-Löschflugzeuge angeschafft worden, denn dieses Gemeinschaftsverfahren stelle

auch finanziell nutzbare Mittel bereit. Dies solle auch Synergien schaffen, „nicht nur im Rahmen der europäischen Solidarität, sondern auch für den eigenen Nutzen [...]“

Gerade um die Einsatzkräfte zu schulen und zu trainieren, nicht zuletzt aber auch um innerhalb der Bevölkerung das Verständnis und die Aufmerksamkeit für solche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erhöhen, gibt es großangelegte Übungen und Trainingszyklen. Beispielsweise koordiniere das Ausbildungszentrum Neuhausen aktuell den 20. Ausbildungszyklus für die internationale Zusammenarbeit im Katastrophenfall. Dabei werden insgesamt acht Module vom Einsteigerkurs bis zum Teamleaderkurs online und europaweit an insgesamt 16 Standorten angeboten. Auch VR-Übungen kämen dabei zum Einsatz, um tatsächliche Lagen so genau wie möglich zu emulieren, erklärt der Standortleiter Sandmann.

Erste EU-Großübung auf deutschem Boden

Neben solchen Trainingseinheiten werden aber auch europaweite Großübungen durchgeführt, wobei erst kürzlich die erste EU-Großübung auf deutschem Boden stattfand. Hierbei handelt es sich um die in Baden-Württemberg ausgerichtete Übung „MAGNITUDE“, bei der der Ernstfall Erdbeben geprobt wurde. Hier konnten die Behörden und teilnehmenden Einsatzkräfte ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit auf die Probe stellen und sehen, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Doch seien solche

Übungen auch auf anderer Ebene sinnvoll, wie Hendrik Bruns, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr München erläutert: Denn die internationalen Module würden aufgrund ihrer Standardisierung untereinander problemlos funktionieren, jedoch würden sich gerade mit dem lokalen Equipment der Einsatzkräfte vor Ort Hürden ergeben. Beispielsweise passe dann eine Kupplung nicht mit dem internationalen, standardisierten Equipment zusammen. Doch seien solche Großübungen auch genau für solche Erkenntnisse gut, sodass man sich der Hindernisse bewusst werden und dementsprechend vorbereiten könne.

Zahlreiche Lernmöglichkeiten vorhanden

Vergangene Katastrophen in anderen Ländern bieten zudem Lernpotenzial für den heimischen Katastrophenschutz. Hier können die neuen Erfahrungswerte der betroffenen Länder an andere weitergegeben werden und finden zum Beispiel auch Eingang in die Ausbildungsinhalte des internationalen Trainingsprogramms des THW, wie Sandmann unterstreicht. Dies gelinge aber ebenfalls nur durch die gute internationale Vernetzung, die auch mit dem EU-Mechanismus einhergingen.

Die Diskussionsrunde „Grenzen überschreiten – Internationale Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz“ finden Sie [hier](#).

Weitere Diskussionsrunden zum Thema Katastrophenschutz oder anderen spannenden Themen finden Sie auf unserer Plattform [NeueStadt.org](#)

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Wie ein Roboter eine mögliche Katastrophe verhinderte

(BS/Wolfgang Duveneck*) Bei den Feuerwehren hat die Zukunft begonnen. Roboter und Künstliche Intelligenz (KI) sind keine Vision mehr, sondern – wenn es darauf ankommt – längst Wirklichkeit. Bestes Beispiel: Ein Einsatz in einem großen Chemiewerk in Leverkusen. Dort war nach einem Brand in einem beschädigten Großbehälter durch den Kontakt mit der Außenluft ein hochexplosives, erschütterungsempfindliches Gas entdeckt worden. Die Folge: Die gesamte Produktion in dem Werk musste gestoppt werden, niemand durfte sich dem Behälter nähern. Ein Roboter aus dem Deutschen Rettungsrobotik-Zentrum (DRZ) in Dortmund brachte die Rettung.

„Um den Gefahrenherd war ein Sicherheitsradius von 200 Meter eingerichtet worden“, berichtet DRZ-Geschäftsführer Robert Grafe. „Um die Situation zu entschärfen, musste in den Behälter ein Schutzgas eingeleitet werden. Das war aber nur möglich, wenn ein Ventil am Behälter manuell geöffnet würde. Dies wäre für einen Menschen lebensgefährlich gewesen.“

Als die Hilfsanfrage der örtlichen Einsatzkräfte das DRZ erreichte, reagierten die Fachleute sofort: „Wir haben Kontakt mit dem Unternehmen und unseren Partnern im DRZ aufgenommen, um mögliche Lösungen zu besprechen“, so Robert Grafe. Ergebnis: Gemeinsam mit den Partnern von der Feuerwehr Dortmund und der Technischen Universität (TU) Darmstadt übernahm das DRZ die gefährliche Aufgabe.

Zusammenspiel aus Roboter, Drohne und Mensch

Nur einen Tag später, an einem Samstag, war die "Robotics Task Force" des DRZ vor Ort. Plan war es, den Bodenroboter „TIM“, ehemals schlicht „D2“ genannt, der sich bereits in vielen Erprobungen und einigen Einsätzen bewährt hatte, aus einer sicheren Entfernung von etwa 300 Metern zum Unglücksobjekt zu führen. Zusätzlich galt es, per Drohne für das Roboter-Team eine Übersicht über die Einsatzstelle zu bekommen. Doch bevor sich die Fachleute des DRZ und der TU Darmstadt an die Arbeit machten, probten sie die Abläufe an einer



Nach dem 45-minütigen Einsatz desinfizierten Einsatzkräfte den Rettungsroboter.

Foto: BS/DRZ

ähnlichen, intakten Anlage mit mehreren Testläufen. Dabei wurde auch eine spezielle Vorrichtung zur Verlängerung des Roboterarms konstruiert, um das Ventil sicher aus einer größeren Entfernung greifen zu können.

Dann gab der Einsatzleiter grünes Licht: In Schutzkleidung brachten Einsatzkräfte den Roboter durch ein sichereres Treppenhaus möglichst nahe an die Einsatzstelle. Vom Dach einer Werkshalle aus setzte der Bedientrupp den Roboter aus sicherer Entfernung in Bewegung und stand dabei über Funk ständig in Kontakt mit dem Krisenstab. Unter schwierigen Bedingungen im Innenraum der Werkshalle – dort herrschte Dunkelheit, Löschwasser tropfte noch von der Decke und Säure trat aus – wurde der Roboter extrem langsam zu dem gefährlichen Behälter manövriert. Dabei mussten jegliche Erschütterungen vermieden werden.

Beispiel der Anwendungsmöglichkeiten

Die Aktion hatte Erfolg: Das wichtige Ventil wurde vollständig geöffnet, sodass ein Schutzgas eingeleitet werden konnte. Etwa eine dreiviertel Stunde dauerte der eigentliche Einsatz. Danach wurde der an den Eingang zurückgefahrte Roboter erneut von Einsatzkräften in Schutzkleidung und unter Atemschutz geborgen und intensiv dekontaminiert.

Parallel zu dem Robotereinsatz wurde eine Drohne von einer Drehleiter der Feuerwehr Leverkusen ausgesteuert, um auf einem Manometer den Gasfluss abzulesen. Auch dabei musste eine große Strecke zur Einhaltung des Sicherheitsabstands überwunden werden.

Insgesamt dauerte der Einsatz von 9 Uhr morgens bis zum Abend um 19.30 Uhr. Unterstützt wurde das Team von der örtlichen Werkfeuerwehr ebenso wie von der Feuerwehr Leverkusen. Robotikexperten der TU Darmstadt bedienten den Roboter, die Feuerwehr Dortmund flog die Drohne. Das DRZ war kontinuierlich für die Fachberatung, Planung und Koordination sowie die Erörterung der Einsatzoptionen zuständig.

Unterstützung durch robotische und digitale Systeme

Nach den Worten von Robert Grafe ist der Einsatz in Leverkusen erneut ein hervorragendes Beispiel für die vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten von Rettungsrobotik – unabhängig von traditionellen Einsätzen wie zum Beispiel der Brandbekämpfung. So wurde das DRZ vor einiger Zeit gerufen, um bei der Brandursachenermittlung in einem chemischen Betrieb in Berlin oder einem Wohngebäude in Essen zu helfen. Auch dort konnten – ähnlich wie in Leverkusen – Räume aus Sicherheitsgründen nicht von Menschen betreten werden. Unterstützung lieferte das DRZ ferner bei der Lageerkundung während der verheerenden Flutkatastrophe an der Ahr.

„Der Einsatz in Leverkusen hat gezeigt, wie gefährlich und komplex die Herausforderungen sind“, betont DRZ-Geschäftsführer Grafe. „Deshalb sind Rettungskräfte zunehmend auf die Unterstützung durch robotische und digitale Systeme angewiesen. Hochspezialisierte Technologien für außergewöhnliche Lagen sollten in der Fläche durch spezialisierte Einheiten, wie der sog. „Robotics-Task-Force“ vorgehalten werden. Hier braucht es einen gemeinsamen Willen und eine Finanzierungsperspektive für deren Aufstellung.“

*Wolfgang Duveneck ist freier Journalist in Pinneberg.

Austausch mit Wirkung



Innenminister Herrmann (mitte) mit Dr. Christian Pfeiffer, Vorstandsvorsitzender der KVB, (links) und Florentin von Kaufmann, Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Leitstellenbetreiber.

Foto: BS/Bayerisches Innenministerium/Alexandra Beier

(BS) Bayern hat die digitale Vernetzung der Integrierten mit den Vermittlungszentralen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) abgeschlossen. Diese Schnittstelle ermöglicht einen medienbruchfreien Austausch von Patientendaten, was eine zielgerichtete Versorgung fördert und Rettungsdienste sowie Notaufnahmen entlastet. Dieser Austausch zeige schon Wirkung.

„Seit der Einführung der Schnittstelle wurden bayernweit bisher rund 50.000 Daten von Patientinnen und Patienten von der 116117 an die Integrierten Leitstellen und rund 15.000 Daten von Patientinnen und Patienten von der 112 an die Vermittlungszentrale der KVB übertragen. Mit jeder Datenübertragung konnten wir eine schnellere und effektivere Übergabe in die jeweils andere Versorgungsebene erzielen“, erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Durch die Weiterleitung von Einsatzdaten ohne erneute Abfragen

verkürzt sich die Reaktionszeit erheblich. Neben der technischen Umsetzung wird die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure stetig verbessert, etwa durch regelmäßige Qualitätszirkel und eine Feedback-Plattform. Vertreter des Innenministeriums, der KVB und des Verbandes der Bayerischen Leitstellenbetreiber arbeiten an weiteren Optimierungen.

Dr. Christian Pfeiffer, Vorstandsvorsitzender der KVB, ergänzt: „Dieses Projekt zeigt, wie wichtig und effektiv eine enge Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen ist. Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement und ihre Innovationsbereitschaft zum Wohle einer guten und zweckmäßigen Patientenversorgung. Die erfolgreiche digitale Vernetzung der Rufnummern 116117 und 112 in Bayern ist auch im Sinne einer besseren Patientensteuerung im Akutfall wegweisend für unser Gesundheitssystem.“

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

9. Dezember:

- IMK: Eine zweite Chance für das Sicherheitspaket

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

11. Dezember:

- Eine Strategie für die Industrie
- Baubeginn der deutsch-norwegischen Werft

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

11. Dezember:

- Einigung auf Digitalpakt 2.0
- ENISA veröffentlicht ersten Cyber-Sicherheitsbericht nach NIS2

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Hoch hinaus

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

10. Dezember:

- Unsere Waffe ist Klarheit
- Weniger Perfektionismus

IT-Sicherheitstag Bayern

5. Februar 2025 | München

VERNETZT UND SICHER

Gemeinsam für eine digitale Zukunft in Bayerns Verwaltung

ZUKUNFTSKONGRESS BAYERN

06. Februar 2025 | München

EINE DIGITALE DEKADE VIEL ERREICHT – VIEL ZU TUN!

2015–2025 – Zehn Jahre Zukunftskongress Bayern

vfdb-LFV-Kooperation

(BS) Die Interschutz 2026 wirft ihre Schatten voraus. Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) und der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen (LFV-NDS) haben eine Kooperation für die Vorbereitungen und Durchführung der Messe vereinbart. Die Interschutz findet vom 1. bis 6. Juni 2026 in Hannover statt.

Über die Vorbereitung der Messe hinaus wollen beide Organisationen zukünftig intensiver zusammenarbeiten. „Wir haben viele gemeinsame Berührungspunkte und Interessen und können davon nur profitieren“, sagt LFV-Präsident Olaf Kapke. Das unterstrich auch vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner: „Ziel ist es, das vorhandene Know-how noch stärker zu bündeln und zusammen mit dem LFV-NDS zusätzlich neue Impulse zu generieren.“



vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner (r.) und LFV-Präsident Olaf Kapke bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung.

Foto: BS/vfdb

Rund 23 Millionen Euro für 33 Kommunen

(BS) Weihnachten kommt für manche etwas früher. Noch in diesem Jahr unterstützt das niedersächsische Innenministerium 33 besonders finanzschwachen Kommunen bei Investitionen im Bereich des Brandschutzes mit rund 22,8 Millionen Euro.

Mit den rund 23 Millionen Euro werden „notwendige“ Investitionen für abwehrende Brandschutzmaßnahmen, wie die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen oder Baumaßnahmen an Feuerwehrgebäuden, gefördert. Durch diese Form der Bedarfswweisung werden einzelne kommunale Maßnahmen und Projekte in einer Höhe von bis zu 70 Prozent und einer Zuweisungssumme

von maximal 1,5 Millionen Euro unterstützt.

„Der Investitionsbedarf der Kommunen in den Brandschutz ist nach wie vor groß. Umso wichtiger ist es, ihnen in diesen Zeiten der knappen finanziellen Möglichkeiten, den Rücken zu stärken. Dazu gehört auch, sie in diesem Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen. Mit den Bedarfswweisungen fördern wir besonders finanzschwache Kommunen, damit sie die Investitionen tätigen können, die für den Schutz der Bevölkerung notwendig sind“, erklärte die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens (SPD) zu den Bedarfswweisungen.



Das Innenministerium in Hannover unterstützt 33 Kommunen in Sachen Brandschutz.

Foto: BS/ Bruno Germany, pixabay.com



#cyberNDS

cyber_sicherheits_tag
niedersachsen

30. Januar 2025 // Hannover
Designhotel + Congresscentrum Wienecke XI.

BOS-Breitband scheinbarweise

(BS) Die Fanfare zum Feldzug für ein dediziertes BOS-Breitbandnetz blieb diesmal stumm. Auf der PMRExpo 2024 fehlte die traditionell kämpferische Keynote von NRW-Innenminister Herbert Reul. Und mit Andreas Gegenfurtner, Präsident der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), im Ruhestand warb niemand mehr um Unterstützung für „Brandbriefe“ gegen die mangelnde BOS-Netz-Finanzierung. Die Schwerpunktsetzung ist wesentlich kleinteiliger.

Vorbei sind zumindest vorläufig auch die hitzigen Forderungen nach vorenthaltenen BOS-Frequenzen. BDBOS-Vizepräsident Frank Buddrus warb lieber mit dem Konzept der kleinen Schritte für „unser Herzensprojekt“.

Angesichts der absehbar langfristig begrenzten finanziellen Ausstattung gelte es, dieses Netz „behutsam, sorgfältig und miteinander in die Zukunft zu heben“. Der BDBOS komme dabei die Rolle eines „Mittlers zu, der diesen Prozess begleite und moderiere. „Das Netz der Zukunft können wir nicht einfach kaufen“, erklärt der BDBOS-Vize. Die Technik sei am Markt (noch) nicht so verfügbar, dass sie den BOS-Anforderungen entspreche. „Wir müssen das Breitband-Netz der Zukunft mit Bund und Ländern gemeinsam aufbauen.“

Auf seiner Dezembersitzung werde der BDBOS-Verwaltungsrat den Aufbau einer eigenen Teilnehmerverwaltung für Breitbanddienste beschließen, die wie das Tetra-Nutzermanagement zentrale wie dezentrale Rollen und Rechte vorsehe. „Das ist bezahlbar“, so Buddrus. Daneben werde man die Entwicklung von 3GPP-standardkonformen MCX-Diensten vorantreiben. „Sie können sich darauf einrichten, dass wir eine lange Übergangszeit von Tetra auf Breitband erleben werden.“ Auf Nachfrage präzisiert der BDBOS-Vize die zeitlichen Aussichten: fünf Jahre für die ersten Schritte, mindestens zehn Jahre für ein mit Tetra qualitativ vergleichbares Breitbandnetz. Berichte über eine weitaus schnellere Adaption von BOS-Breitbanddiensten in anderen Ländern verweist Buddrus ins „Reich



BDBOS-Vizepräsident Frank Buddrus eröffnete den diesjährigen BOS-Block des PMRExpo-Summits.

Foto: BS/Held

der Mythen“. Die Ansage des BDBOS-Vizes gegenüber Bundesländern, die angesichts dieser Planung allein voranpreschen möchten, ist deutlich: „Rage!“ Aber: „Sprecht mit uns!“

KoPa_45 als Katalysator

Die Politik der kleinen Schritte mit einem großen Ziel prägt auch das von der BDBOS gemanagte Förderprogramm „KoPa_45“, das laut dem zuständigen Referatsleiter Philipp Hassbach als „Katalysator“ für ein künftiges, durchaus international geprägtes „BOS-Breitband-Ökosystem“ verstanden werden will.

Dazu hat die Anstalt bereits „zeitgemäße Test- und Entwicklungsumgebungen für Breitbandtechnologien“ aufgebaut und kann auf hilfreiche Projektergebnisse der ausgewählten Konsortien verweisen, die innovative Lösungsvorschläge für ganz unterschiedliche Breitband-Themen anbieten. Dageht es zum einen um Kernfragen wie das „Nutzer und Endgerätemanagement für heterogene Netze“, den „Netzübergang von Tetra zu Breitband“ oder die besonders für Feuerwehren unentbehrliche „breitbandige Direktkommunikation (DMO)“, zum anderen um zukunftsorientierte Fragen wie „Multi-Network Roaming und Campusnetze“ oder „fliegende Basis-Stationen“.

Noch seien die 20 Fördermillionen von KoPa_45 nicht vollständig verteilt, berichtet Hassbach und will das durchaus als Aufforderung verstanden wissen, mit passenden

Projektideen auf die BDBOS zuzukommen.

Und Ideen gibt es viele. 5G-Technologien mit einem Schwerpunkt auf Campus-Netzen, der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und von Drohnen seien die Schwerpunktthemen mit dem meisten Zukunftspotenzial, fasst PM-e.V.-Vorstand Bernhard Klinger die derzeitigen Trends zusammen. Angesichts der aktuellen Anforderungen aus der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und weiteren Sicherheitsgesetzen ergeben sich besonders für den Bereich der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) zahlreiche Anwendungsszenarien.

Hier lassen sich die größeren Kapazitäten und die schnellere Geschwindigkeit der 5G-Technologien im Kontext der Sicherheit eines vom Internet abgeschiedenen „Campus“ zunutze machen.

Der Sicherheitsaspekt sowie die Potenziale für den Datenschutz dürften denn auch für künftige BOS-Anwendungen im Vordergrund stehen.

KI in der Leitstelle der Zukunft

Leitstellen und Einsatzplanung sind in der Zukunft ohne KI nicht mehr denkbar. KI-gestützte Datenanalysen, die nicht nur vorhandene Einsatzkräfte und -mittel, sondern zum Beispiel auch Wetterprognosen miteinbeziehen, erlauben einen völlig neuen, vorausschauenden Blick auf die Lage. Leben werden gerettet durch effizientere KI-basierte, Alarmierung, und Übersetzungs-KI hilft bei Notrufen. Je besser die Daten werden, umso mehr Anwendungsfälle sind hier absehbar.

Auch die Einsatzbegleitung und -steuerung durch Drohnen entwickelt sich. Hier sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen allerdings immer noch eine Herausforderung für Einsatzzentrale und Beteiligte im Feld. Unter dem Titel „EGRED 2“ hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Empfehlungen für die Praxis herausgegeben. Als ADELE widmete sich auch ein KoPa_45-Projekt diesen Fragen. Best Practice-Beispielen aus dem Einsatzbereichen finden sich zahlreich. Wer aber momentan Innovation und große Würfe sucht, wurde leider enttäuscht.



EUROPEAN POLICE CONGRESS

**NEUER
TERMIN****20.–21. MAI
2025** **CityCube Berlin**www.european-police.eu**Impressum**

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.